Geschlechter am besten abbilden. So entsteht ein neues Verständnis und eine neue Normalität von Geschlechtergerechtigkeit. Punkt.

Doch leider ist es damit nicht ganz getan, denn Anti-Gender-Initiativen wie diese sind nicht nur falsch, sondern auch gefährlich. Sie zielen darauf ab, die Fortschritte bei der Geschlechtergleichstellung und der Anerkennung von Geschlechterdiversität zurückzudrängen und tragen dazu bei, eine Atmosphäre der Intoleranz und Diskriminierung zu schaffen.

Initiativen-Gründerin Sabine Mertens heizt den trans- und queerfeindlichen Diskurs an, wenn sie das »Ende der Evolution« an die Wand malt, wenn nun »alle schwul, lesbisch und trans werden sollen«. Äußerungen und Initiativen wie diese greifen Menschen an, die nicht binär sind oder nicht der heterosexuellen Normierung entsprechen – das betrifft auch viele unserer Kolleg*innen. Diese verdienen unsere Solidarität und die scharfe Zurückweisung solcher Attacken.

Wir schlagen vor: Begreifen wir derartige Anti-Gender-Initiativen als Stein im Wasser eines Flusses. Das Wasser sucht sich seinen Weg und der Stein zerfällt durch Reibung eines Tages zu Sand.

TANJA CHAWLA,
Vorsitzende des DGB Hamburg

Das Sprachliche ist politisch

Eine Stellungnahme des Landesfrauenrats Hamburg, der schon 2021 mit der Kampagne ›Mitgemeint reicht nicht – #Gendern in Hamburg‹ den politischen Angriffen auf eine gendersensible Sprache entgegentrat

Im Sommer 2021 war uns im *Landesfrauenrat Hamburg* klar, dass wir uns zu gendersensibler Sprache öffentlich positionieren müssen. Während des Bundestagswahlkampfs wurde es als Thema zur politischen Mobilisierung – oder zumindest zum Generieren von Medienaufmerksamkeit – auch in Hamburg genutzt. Der zunehmende Antifeminismus war in der politischen Mitte angekommen, und einer der ersten ›Angriffspunkte‹ der politischen Mitte war das Thema gendersensible Sprache. Ein Jahr später kommt mit einer Volksinitiative aus Hamburg der nächste Angriff von weiter rechts – und die politische Mitte macht mit. Als Dachverband der Hamburger Frauenorganisationen können und wollen wir nicht einfach zusehen, wie dieser gesellschaftliche Diskurs einfach abgewürgt werden soll.

Die deutsche Sprache ist lebendig, sie entwickelt sich ständig. Wir schreiben *Büro* mit ü und o, *Niveau* weiterhin brav mit *eau.* Wir haben Dokumente zum *Download*, *Updates* für unsere Geräte, das neueste *Smartphone* mit wichtigen *Apps*. Mit jeder Auflage des Dudens werden neue Wörter aufgenommen, oft Wörter auch gestrichen. Das kommt daher, dass Sprache von denen gemacht wird, die sie benutzen, und dass wir sie benötigen, um unsere sich stets im Wandel befindende Welt abzubilden und auszudrücken.

Sprache schafft Wirklichkeit und bildet Wirklichkeit ab. Was wir nicht benennen, ist nicht Teil dieser Wirklichkeit. Mitglieder von marginalisierten Gruppen erleben an der eigenen Person, wie wichtig deswegen Repräsentation ist. Sprachliche Repräsentation ist kein kleiner Teil davon.

Wenn wir nur von Programmier*ern* sprechen, werden Frauen in diesem Beruf unsichtbar. Und das hat Auswirkungen im echten Leben: Wer von uns weiß, dass der Software-Code, den etwa die NASA für das Mondflugprogramm in den 1960er und -70er Jahren benötigte, von Frauen verantwortet wurde? Jahrzehnte später erleben Frauen Diskriminierung in der ›Männerbranche‹, und wir brauchen teure Programme, um Kindern, Jugendlichen, ihren Eltern und Erziehenden aufzuzeigen, dass Mädchen gleichermaßen wie Jungs für IT-Berufe geeignet sein können.
Leistungen von Frauen verschwinden in der Geschichtsschreibung nicht nur, weil sie nicht namentlich genannt werden, sondern auch weil so-

gar der Hinweis auf sie verschwindet, wenn die Sprache rein männlich gegendert wird. Das macht Errungenschaften zunichte. Nachfolgende Generation von Nicht-Männern müssen immer wieder von vorne beginnen, sich ihren Platz, ihr Mitspracherecht, ihre berufliche und gesellschaftliche Anerkennung zu erkämpfen. Nichtbinäre Menschen sind sprachlich so unsichtbar, dass manche Menschen noch heute gar ihre historische Existenz anzweifeln.

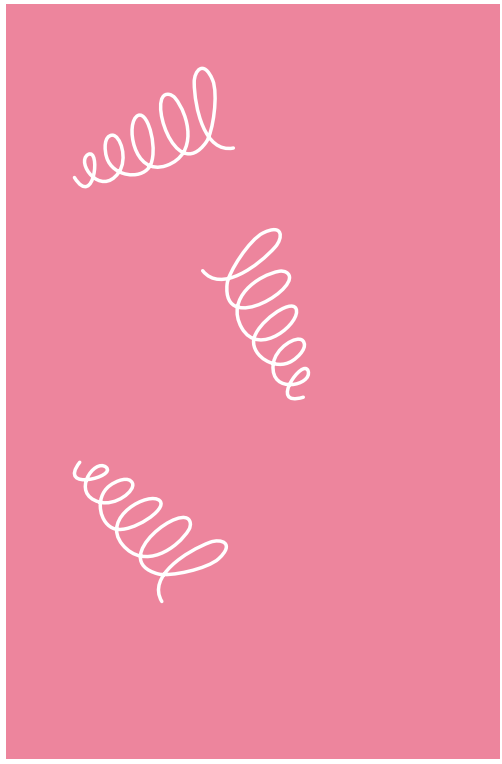
»

Gendersensible Sprache alleine macht die Welt nicht gerechter. Ein Verbot gendersensibler Sprache ist jedoch ein Schritt in die entgegengesetzte Richtung. Und auch das müssen wir in dieser Debatte benennen: Die, die dieses Verbot fordern, richten sich gegen Feminismus und gesellschaftliche Vielfalt.

Dass auch heute weibliche Führungskräfte von Frauen wie Männern weniger akzeptiert werden und höherem Leistungsdruck ausgesetzt sind, hat eine Reihe von Gründen. Wenn wir immer nur von *Chefs*, *Geschäftsführern* und *Abteilungsleitern* sprechen, trägt das einen Teil dazu bei.

Daraus wird auch klar: Gendersensible Sprache alleine macht die Welt nicht gerechter. Ein *Verbot* gendersensibler Sprache ist jedoch ein Schritt in die entgegengesetzte Richtung. Und auch das müssen wir in dieser Debatte benennen: Die, die dieses Verbot fordern, richten sich gegen Feminismus und gesellschaftliche Vielfalt. »Wir müssen die Sprache bewahren« ist dabei genauso sehr Vorwand, wie dass Kinder »geschützt« werden sollen vor dem Wissen darum, dass es Familien mit zwei Müttern oder zwei Vätern gibt. Im Rahmen vielfaltsfeindlicher Haltungen sind diese Scheinargumente ebenso vorgeschoben wie die Sorge um »die deutschen Obdachlosen«, wenn es darum geht, Gründe zu finden, Geflüchteten nicht zu helfen.

Die, die gegen gendersensible Sprache Stimmung machen, ›wehren‹ sich lautstark gegen einen »Zwang« – den es nicht gibt. Weder in Verwaltung noch in Bildung wird gendersensible vorgeschrieben; nicht einmal eine klare Empfehlung der Hamburger Politik steht im Raum. Wenn es keinen Zwang gibt, was soll dann mit der Mobilisierung gegen gendersensible Sprache erreicht werden? Wenn ich nicht gezwungen werde, auf gewisse Weise zu sprechen oder zu schreiben, was ist dann mein Anliegen? – Dass *die anderen* das nicht tun dürfen.

Wir können es drehen und wenden, wie wir wollen: Gefordert wird hier ein Sprachverbot. Gefordert wird hier, dass es Menschen nicht mehr erlaubt ist, ihre Sprache möglichst diskriminierungsfrei und inklusiv zu gestalten. Ein ganz und gar rückständiger und antidemokratischer Ansatz.

DR. CHRISTINA MARIA HUBER,
Mitglied im Vorstand des
Landesfrauenrats Hamburg e. V.